Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel-Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 12. April. Der Bundesrath nahm heute auf Antrag Baierns die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Reichsstempelabgaben, wieder auf, ebenso wird der Entwurf nach den Beschlüssen der ersten Berathung mit der Maßgabe, daß auch Quittungen über Auszahlungen auf Postanweisungen stempelpflichtig sind, berathen.

Berlin, 12. April. Die Prolongirung der Erklärung vom 31. December 1879 über den Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages bis 30. Juni 1881 ist gestern Abend durch den Botschafter Szechenyi und den Vertreter des auswärtigen Amtes hier unterzeichnet worden.

Ed. Hirschfeld's
Reitbahn und Tattersall und Pensionsstallungen
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pensionspferden.

Nr. 104. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Vorwiegend ziemlich heiter, trocken, Temperatur dieselbe. **Dresden. Dienstag, 13. April.**

Politisches.

Von den Schöpfern des Berliner Vertrages wird in Kürze bald nur noch sein ureigenster Vater, Fürst Bismarck, übrig sein. Von den damaligen Vertretern der Türkei ist Karatheodory Pascha verschwunden — nur Eingeweihte wissen, wohin? Mehemet Ali sank unter den Handschars fanatisirter Albanesen zusammen; der österreichische Reichskanzler Graf Andrassy stürzte über der Zweideutigkeit seiner Politik, den Premier Waddington machte die außerordentliche Freundschaft Bismarck's in den Augen der Franzosen verdächtig; den Italiener Graf Corti stellte der Mißmuth seiner Landsleute als Gesandten in Konstantinopel kalt, den Lord Beaconsfield fegte soeben der Zorn der Briten aus dem Amte; von den Vertretern Rußlands fiel schon lange Graf Schuwaloff wegen angeblicher zu großer Nachgiebigkeit gegen Deutschland in Ungnade und nun winkt Gevatter Tod dem anderen Russen, dem Fürsten Gortschakoff. Ob sein aus Madrid herbeitelegraphirter Sohn den Vater in Petersburg noch lebend trifft, lassen die Telegramme bezweifeln. Das Leben eines Zweiundachtzigjährigen, den das Asthma mit Erstickungsfällen heimsucht, hängt an einem Zwirnsfaden. Was keine Berliner Feindschaft vermochte, vollbringt die Natur mit leichter Mühe. Der mächtigste aller Kanzler, der Sensenmann, verfährt auch mit den Höchstgestellten nach souveränem Ermessen. Es wird bald recht einsam sein um den Kaiser Rußlands. Vielleicht noch vor dem langjährigen ersten Minister des Zaren, haucht dessen Lebensgefährtin, die Zarin, ihre edle Dulderseele aus. Stirbt jetzt Fürst Gortschakoff, so stirbt er in dem stolzen Bewußtsein, daß keine Macht der Erde, auch nicht die sonst sicheres Verderben bringende Feindschaft des Fürsten Bismarck ihm das Vertrauen seines Kaisers entziehen, ihm die Leitung der russischen Reichspolitik rauben konnte. Daß seine Amtsthätigkeit seinem Vaterlande heilsam war, das wird die Geschichte schwerlich behaupten. An dem Frieden, der Kultur und dem Wohlstand Europas hat dieser Mann sich schwer versündigt. Er hinterläßt ein Reich voll Millionen Unzufriedener, eine stete Gefahr für Europa. Kriegerischen Ruhm hat der letzte Türkenkrieg, trotz seines siegreichen Ausganges, dem russischen Reiche nicht gebracht, wohl aber die Zerrüttung im Innern. Sein Tod würde zwar einen der wesentlichsten Anstoßsteine in dem Verhältniß zwischen Rußland zu Deutschland (die persönliche Feindschaft der beiden Kanzler) beseitigen; ob sich aber das Verhältniß selbst zu unserem Vortheile dann ändert, das stehe dahin. Denn Gortschakoff genoß gerade wegen seines Hasses auf Bismarck und Deutschland beim russischen Volke so große Popularität und sein Nachfolger wird sich kaum freundlicher stellen.

Die Militärdebatte im Reichstage hat ein interessantes Nachspiel erfahren. Der würtembergische Abgeordnete v. Bühler hatte seinen bereits früher einmal abgelehnten Antrag wiederholt: Fürst Bismarck möge die nöthigen Schritte zur Herbeiführung einer allgemeinen und gleichmäßigen Abrüstung in Europa thun. So verheißungsvoll dieser Antrag ist und so sicher er über kurz oder lang verwirklicht werden muß und wird, so würdigte ihn der Reichstag doch nicht der mindesten Beachtung. Der Antragsteller vertheidigte, kein einziger Abgeordneter bekämpfte ihn, nur noch Abg. Sonnemann erhob sich für ihn, er sank klanglos dahin, wohin so viele der herrlichsten Gedanken, der weisesten Vorschläge gebettet wurden: in das staubbedeckte Reichstagsarchiv. Weit höflicher als der Reichstag verfuhr Fürst Bismarck mit dem Antrage. Herr v. Bühler hatte, in Voraussicht seines Schicksals im Reichstage, den Antrag auch an den Kanzler selbst geschickt. Der wackere Schwabe schrieb:

„Auf dem Schlachtfelde von Gravelotte, wo ich in der Nähe Ew. Durchlaucht mitten unter Leichen stand, schwur ich, was an mir ist, beizutragen, um das Elend des Krieges zu verhindern. Möchten Ew. Durchlaucht damals ähnliche Eindrücke empfangen und hochherzige Entschlüsse zum Wohle der Menschheit gefaßt haben."

Der Reichskanzler antwortete sofort, wenn auch völlig ablehnend. Letzteres war voraus zu sehen. Zu beschäftigt mit der Gegenwart, kann er sich nicht mit der Möglichkeit einer Zukunft befassen, „die wir Beide nicht erleben werden". Aber ist nicht alles Menschenthun darauf gerichtet, die Zukunft freundlicher zu gestalten, gleichviel ob der Landmann die Früchte des von ihm gepflanzten Baumes selbst pflückt? Daraufhin schrieb Herr von Bühler dem Fürsten Bismarck zurück:

Das hohe Schreiben, mit welchem Ew. Durchlaucht mich würdigten, ist für die von mir verfochtene Sache von unschätzbarem Werthe. Indem Ew. Durchlaucht in demselben dem Gedanken der Möglichkeit einer allgemeinen Entwaffnung in der Zukunft Raum geben, ist schon für die Gegenwart ein fester Boden gewonnen. Die Abrüstung soll die immense auf Ihren Schultern ruhende Last nicht vermehren, sondern erleichtern. Dieselbe würde nicht nur die an Ihren Fersen hängende Finanznoth sofort beseitigen, sondern alsbald auch einen sehr erheblichen Theil der politischen und sozialen Verwickelungen lösen. Die Vornahme der Entwaffnung würde der beunruhigten Welt die tröstliche Gewißheit geben, daß in Europa noch ein fester vernünftiger Wille und nicht der Zufall herrschen soll. Herr von Bühler will unbedenklich „die Gefahr der Lächerlichkeit und Zurückweisung übernehmen und dem Rath Bismarcks folgend sich an die Nachbarn Deutschlands mit der Bitte um Abrüstung wenden. Die Königin von England habe schon 1873 die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts zur Verhinderung von Kriegen gewünscht, die österreichische Regierung sich ebenso ausgesprochen. An solche reale Kundgebungen anzuknüpfen, däucht mich nicht gänzlich unpraktisch und aussichtslos. Die von Ew. Durchlaucht hervorgehobenen Schwierigkeiten sind groß, ja unüberwindlich, wofern es am ernstlichen Willen der Mächte fehlt; klein, wenn solcher vorhanden ist. Es wird deshalb vor Allem darauf ankommen, diesen Willen zu erkunden. Möge es Ew. Durchlaucht gefallen, das höchste politische Gut der Gegenwart und Zukunft, den Frieden auf Erden, zum letzten hehren Ziele Ihres ruhmreichen Lebens zu machen."

Gegen die Vermehrung der deutschen Wehrkräfte um 27,000 Mann hatte im Reichstage auch die Fortschrittspartei nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß die zweijährige Dienstzeit dafür gesetzlich eingeführt würde. Dann minderte sich die Friedenspräsenz um 50,000 Mann und ein Friedensheer von 360—375,000 Mann sollte wohl genügen. Die 17 Millionen, welche die neuen Regimenter kosten, würden durch andere Ersparnisse reichlich eingebracht. Eine hohe militärische Autorität, man sagt Graf Moltke selbst, hat die Durchführbarkeit der zweijährigen Dienstzeit anerkannt, aber da sie eine Forderung der Opposition von der preußischen Konfliktszeit her ist, so bewilligt man sie erst recht nicht. Litt die Fortschrittspartei hierin Schiffbruch, so passirte ihr das Unglaubliche, daß ein anderer ihrer Anträge im Militärwesen auf's Wärmste von der Regierung befürwortet und zum Beschluß erhoben wurde. Das Centrum verlangte Befreiung der Geistlichen von der Militärpflicht, Eugen Richter bekämpfte dieses Privileg und Major v. Funk sekundirte ihm. Der Militärstand wird nur gehoben, wenn auch Geistliche in die Armee treten. Wenn man Gymnasiallehrer durch Unteroffiziere drillen läßt, warum nicht auch die oft baumlangen Zöglinge der katholischen Priesterseminare und die nicht selten sehr raufluftigen Mensurhelden unter den Studenten der evangelischen Theologie? Zu dem eigentlichen Waffendienste verwendet ja überhaupt die einsichtsvolle Militärverwaltung nicht die Priester.

In Berlin kursiren allerhand Gerüchte, daß der Minister Hofmann und der Staatssekretär Dr. Stephan ihre Entlassung eingereicht hätten, gegen den Postdirektor Dr. Fischer eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet sei u. s. w. Zunächst erwartet man noch die Vorschläge des Reichskanzlers zur Beseitigung der Konflikte, die sein Entlassungsgesuch veranlaßt haben. Allerhand kuriose Vorschläge tauchen auf: Man spricht zunächst von einem Veto gegen mißliebige Bundesrathsbeschlüsse, das man dem Reichskanzler geben wolle. Bisher hat nur der Kaiser selbst ein solches in zwei ganz genau bezeichneten Fällen; nämlich, wenn der Bundesrath sich im Militär- und Steuerwesen gegen die Fortdauer des Bestehenden erklären sollte, so kann der Kaiser diesen Beschluß kassiren. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Bundesrath dem Kanzler ein größeres, ein Allgemein-Veto verleihen wird, das er nicht einmal dem Kaiser einräumt. Ferner will man den Einzelstaaten verbieten, sich im Bundesrathe vertreten zu lassen, höchstens sollen sie Preußen mit der Stimmenabgabe für sie betrauen. Endlich will man im Bundesrathe mehrere Lesungen der Gesetzentwürfe statt der bisherigen einzigen einführen. Die Bundeskommissare sollen sich also behandeln lassen, als wären sie Nationalliberale, die von einer Lesung zur anderen ihre Stimmung ändern, wenn der Kanzler mit der Entlassung droht. Aber selbst wenn man zu diesem Auskunftsmittel greift, so findet diese neue Geschäftsordnung doch nicht rückwärts Anwendung auf frühere Beschlüsse, namentlich den wegen der Stempelfreiheit der Postsendungen. Wahrt hierbei der Bundesrath nicht seine Würde, so mindert er sein Ansehen vor aller Welt. Vielleicht findet der nach Würtemberg geeilte Minister Mittnacht einen Ausweg aus der Sackgasse. Würtemberg führte bekanntlich die Kleinstaaten, die im Bundesrathe Preußen überstimmten. Hierin wittern ganz besondere Spürnasen eine Intrigue. Die würtembergische Königin Olga war eine russische Großfürstin, die Kaiserin von Rußland eine hessische Prinzeß, außerdem sind die Höfe von Oldenburg, Mecklenburg, Baden und Weimar durch Verheirathungen mit den Romanows eng verschwägert. Fürst Bismarck soll nun alle diese Höfe beargwöhnen, seine Politik zu durchkreuzen und das Russenthum in Berlin zu poussiren. Nur Baiern und Sachsen seien von russischen Einflüssen unberührt geblieben und hätten demgemäß auch in der Stempelfrage mit Preußen und gegen die von Rußland beeinflußten Kleinstaaten gestimmt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 12. April. In heutiger Reichstagssitzung begründete Abg. Dr. Windthorst zunächst den von ihm mit Frhrn. v. Varnbüler gestellten Antrag auf Zollfreiheit von Flachs und anderen vegetabilischen Stoffen mit Ausnahme der Baumwolle. Abg. Frhr. v. Ow entgegnete, es sei ein gefährliches Experiment, heute schon an dem eingeführten Schutzzoll, noch dazu gegen die Interessen des Kleingrundbesitzes, zu rütteln. Die Flachsindustriellen wünschten selbst keine Herabsetzung des Zolles. Deutschland producire so viel Flachs, als es brauche. Für viele arme Gegenden sei der Flachsbau eine wesentliche Erwerbsquelle. (Bekanntlich werden jetzt in Sachsen mit Einführung eines rationellen Flachsbaues als Mittel gegen den Nothstand Versuche gemacht. D. Red.) Der Flachszoll habe einen vermehrten Flachsbau in Deutschland zur Folge. Abg. Stumm für den Antrag. Die Leinen-Industrie kämpfe mit der Baumwollen-Industrie im Todeskampfe. Von allen Seiten sei um Wegfall des Flachszolls petitionirt worden. Bundeskommissar Geh. Rath Burkhardt erklärte, es sei jetzt noch nicht an der Zeit, an dem Zolltarife etwas zu ändern, doch verdiene der Antrag Erwägung. Abg. Grützner (Bautzen) sprach als Fachmann für den Antrag, indem er auf die durch billige Arbeitslöhne bedingte Concurrenz Oesterreichs in der Leinen-Industrie hinwies und dieselbe bei Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages zu berücksichtigen ersucht. Abgg. v. Minnigerode, Graf Preysing und v. Ludewig (lauter Rittergutsbesitzer) gegen den Antrag, weil in dem Flachsbau ein größeres Quantum nationaler Arbeit enthalten sei, als in der Leinen-Industrie. v. Ludwig rechnete vor, wie viel Mal mehr das Wort Industrie in den Debatten vorkomme, als das Wort Landwirthschaft. In der Hebung des Flachsbaues liege ein Stück zur Lösung der sozialen Frage. Die Regierung würde besser thun, den Flachsbau zu unterstützen, als Geld an das Haus Godeffroi für die Samoa-Inseln hinzugeben. Abg. Richter-Hagen stellte eine Resolution gegen Unzuträglichkeiten bei Rückvergütung des Getreidezolles. Abg. Hölder bestritt den Nutzen des Flachszolles für den Flachsbau. Der Antrag Windthorst wurde mit 146 gegen 79 St. angenommen. Der Gesetzentwurf, welcher fremde Schiffe von der deutschen Küstenfrachtfahrt ausschließt, sofern ihnen dies nicht durch Staatsverträge oder kaiserl. Verordnung ausdrücklich gestattet ist, wurde einer Kommission überwiesen. Es handelt sich dabei wieder einmal um die Principfrage Freihandel oder Schutzzoll. Zwischen den Abgg. Schlutow (Freihändler) und Mosle (Schutzzöllner) war ein lebhafter Kampf in Aussicht gestellt, doch beschränkte sich derselbe schließlich auf lange trockene Auseinandersetzungen über die Prinzipienfrage. Für die Vorlage erklärte sich Namens des größten Theils seiner Parteigenossen Graf Udo Stolberg-Wernigerode, dagegen Abg. Witte.

Berlin, 12. April. Die Kommission zur Vorberathung des Wuchergesetzentwurfs hat sich konstituirt und den Abg. Reichensperger-Crefeld zum Vorsitzenden und den Grafen Wilhelm v. Bismarck zum Schriftführer gewählt. Letzterer hat bekanntlich sein erstes Aufleuchten am parlamentarischen Horizont durch eine Rede über die Gemeingefährlichkeit des Wuchers inaugurirt.

Berlin, 12. April. Die „Norddeutsche Ztg." veröffentlicht folgenden, am 17. März gefaßten, dem Cardinal Jacobini mitgetheilten Ministerialbeschluß: Die preußische Regierung erblickt in dem päpstlichen Breve vom 24. Februar ein um so bereitwilligeres neues Zeichen der friedlichen Gesinnung, wovon der päpstliche Stuhl beseelt ist, als diese Gesinnung damit zum ersten Mal auch nach außen hin einen erkennbar concreten Ausdruck gefunden hat; indeß kann die Regierung jener Kundgebung, so lange Zweifel über deren Kongruenz mit den bezüglichen staatsgesetzlichen Vorschriften bestehen, sowie wegen des in ihr zu Tage tretenden Mangels an der bestimmten Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht, der sichernden Anordnung nur theoretischen Werth beimessen. Demgemäß hofft die Regierung zunächst erwarten zu dürfen, daß der erneuten Erklärung über die versöhnlichen Absichten des Papstes auch praktische Folgen gegeben wird. Sobald die Regierung den ersichtlichen, in Thatsachen ausgedrückten Beweis hierfür in den Händen hat, wird sie sich bemühen, von der Landesvertretung Vollmachten zu gewinnen, welche ihr bei der Anwendung der Handhabung der einschlagenden Gesetzgebung eine freiere Hand gewähren, damit sie die Möglichkeit bieten, solche Vorschriften und Anordnungen, welche von der römischen Kirche als Härten empfunden werden, zu mildern oder zu beseitigen und so dem Verhalten der katholischen Geistlichkeit ein Entgegenkommen auch staatlicherseits zu bethätigen.

Stuttgart, 12. April. Der König ist an der Grippe erkrankt.

Wien, 12. April. (Abgeordnetenhaus. Budget-Debatte.) Der diesjährige Zollertrag ist bisher zwei Millionen höher als im Vorjahr. Die Bemühungen zur Herstellung des Gleichgewichts werden rastlos fortgesetzt. Der Minister-Präsident Taaffe hob die allseitige Sparsamkeit der Regierung hervor und bestritt die unzukömmliche Handhabung des Vereins-Preßgesetzes; eine politische Einigung sei nothwendig. Sollten der Regierung Hindernisse entgegentreten, so weiß sie, was ihre patriotische Pflicht ist.

London, 12. April. Gladstone hat den ihm bei seiner Ankunft hier zugedachten öffentlichen Empfang abgelehnt.

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König kam am Sonntag Vormittag halb 11 Uhr von Strehlen aus nach der Residenz, um dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche — das erste Mal wieder seit der Genesung — beizuwohnen. Auch JJ. KK. HH. der Prinz und Prinzessin Georg nebst Familie wohnten von 10 Uhr an dem Gottesdienste ebenda bei; während J. Maj. die Königin leichten Unwohlseins halber verhindert war, die königliche Villa zu verlassen. Gegen halb 1 Uhr Mittags begab sich Se. Maj. wieder nach Strehlen zurück, kam gestern Vormittag halb 11 Uhr nach der Residenz, um daselbst Meldungen von Offizieren, Ministervorträge, Rapports ꝛc. entgegenzunehmen und begab sich nach 12 Uhr wieder nach der königl. Villa in Strehlen zurück.

— Der Prinz v. Leutenberg, welcher das Gräflich Vitzthum'sche Gymnasium besucht und seit zwei Jahren Schüler der Preusker'schen Militär-Vorbereitungsanstalt gewesen ist, bestand vorige Woche die Fähnrichsprüfung in Berlin; er verläßt nunmehr mit seinem Gouverneur, dem Premierlieutenant v. Tempsky, Dresden und wird zunächst im Leibkürassier-Regiment, welches in Berlin garnisonirt, eintreten.

— Von dem Klempner Regner'schen Hause in der Wilsdrufferstraße stürzte gestern früh in der 7. Stunde der Steinsims der ganzen Hausfront auf die Straße herab und wurde der nach seiner Werkstatt auf der Gerbergasse gehende Tischlermeister Sonntag, Neugasse wohnend, hierbei erschlagen. Der bedauernswerthe Tischler, von allen seinen Bekannten als ein fleißiger, strebsamer und redlicher Mann geschildert, hinterläßt eine arme Familie, Frau und 3 Kinder, wovon das älteste 5 Jahre und das jüngste 6 Wochen alt ist. Eine Wittfrau, Namens Tamme, von der Schäferstraße erlitt außerdem eine Beinbeschädigung und ein Kutscher Grumpelt eine leichtere Verletzung am Arme. Die letzt gedachten Personen waren mit der Abtragung von Kohlen in das fragliche Haus beschäftigt. Die behördlichen Ermittelungen wurden bereits aufgenommen.

— Post. Die Post-Agentur auf der Bastei in der Sächs. Schweiz wird am 1. Mai für den bevorstehenden Sommer wieder eröffnet. Die Postverbindung wird durch eine täglich zweimalige Botenpost nach und von Wehlen — Abgang von der Bastei 5.20 Vorm. und 6.0 Nachm., Abgang von Wehlen 7.45 Vorm. und 7.0 Nachm. — hergestellt.

— Mit weithin schmetternden Hornsignalen — die in der Antonstraße für Feuerlärm gehalten wurden — kehrten gestern Nachmittag vom Heller her kommend eine Anzahl Cavaliere, die Grafen Hohenthal, Rex u. s. w. in zwei vierspännigen, von ihnen selbst gefahrenen Wirthschaftswagen und zwei Equipagen zur Stadt zurück. Voraus wurden die Reitpferde geführt. Es dürfte sonach ein Schnitzelreiten oder dergleichen abgehalten worden sein und dies unter Antheilnahme von Damen, denn auch Frau von Watzdorf fuhr desselben Weges zur Stadt zurück.

— Kürzlich starb in Altenburg eine geborene Dresdnerin, Frau Dr. Auguste Herz, deren Name hier in vielen Kreisen noch in lebhafter Erinnerung stehen wird. Sie hatte sich dem ärztlichen Berufe mit Treue und Gewissenhaftigkeit ergeben und curirte namentlich Frauen- und Kinderkrankheiten, war auch auf dem Gebiete der Orthopädie eifrig thätig. Früher war sie mit einer derartigen Heilanstalt in Buschbad bei Meißen ansässig, noch früher, vor ihrer Verehlichung in den 40er Jahren erregte die Entschlafene viel Aufsehen als Somnambule. In Altenburg ward die Verstorbene hochgeschätzt, denn sie war ebenso uneigennützig wie erfahrungsreich und klug.

— In der kleinen Meißnergasse ist gestern Vormittag ein Kutscher mit seinem Bierwagen an ein Baugerüste angefahren, wodurch dasselbe zusammenbrach und leider einem Arbeiter das Bein zerbrach.

— Der am vorigen Sonnabend von der 10. Kompagnie des Königl. 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 „Kaiser Wilhelm, König von Preußen" in den Räumen der Tonhalle abgehaltene Ball verlief in freundlichster Stimmung. Derselbe wurde durch die Gegenwart mehrerer Herren Offiziere geehrt, welche dem Tanze mit den Frauen der Unteroffiziere und den Bürgerschönen, deren es eine ansehnliche Zahl gab, bis lange nach Mitternacht huldigten. Bei Tafel wurden verschiedene Toaste aut